

Freisinger Linke: Bundesregierung sind Hungerlöhne egal

Aktuelle Themen der Kommunalpolitik und des Flughafens standen im Mittelpunkt der Versammlung des Kreisverbands der Freisinger Linken am Donnerstag, 27.07.2006, im Freisinger Furtner-Bräu.

Kreisrat **Dr. Guido Hoyer** berichtete, er habe im Kreistag gegen den von der Mehrheit aus CSU, Parteifreien, F.D.P. und ÖDP durchgesetzten Beschluss, der den Verkauf der landkreiseigenen Wohnungen grundsätzlich möglich macht, gestimmt.

Der geplante Verkauf ist für die Freisinger Linke schon allein deswegen nicht nachvollziehbar, weil der Landkreis mit der Vermietung seiner Wohnungen schwarze Zahlen schreibt. Nach Abzug der Kosten für Verwaltung und Bauunterhalt werden z. Z. bei maßvollen Mieten Mietüberschüsse von jährlich 240.000,- € erzielt.

Vor allem aber sei der Beschluss im Zusammenhang mit der Situation auf dem Freisinger Wohnungsmarkt zu sehen. **Hoyer:** *„Wenn sich Normalverdiener kaum mehr eine Wohnung auf dem freien Markt leisten können, von Leuten in Billigjobs am Flughafen ganz zu schweigen, die Wartezeit für eine Sozialwohnung in Freising 2 Jahre beträgt und die Stadt sich hartnäckig weigert, weitere Sozialwohnungen zu bauen, dann ist der Rückzug des Landkreises aus dem Wohnungsmarkt ein Signal in die falsche Richtung. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr kommunale Wohnungen. Der Wohnungsmarkt darf nicht der Anarchie des freien Marktes überlassen werden.“*

Von einer abstrusen Debatte im Kulturausschuss des Freisinger Stadtrates berichtete Stadtrat **Albert Schindlbeck**. Nach dem neuen Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) erhält die Kommune pro Kindergartenkind eine jährliche Förderung von bis zu knappen 2.000,- €. Schicken nun Freisinger Eltern ihr Kind nicht in Freising, sondern in einer anderen Gemeinde in den Kindergarten, z.B. am Arbeitsort der Eltern, erhält nicht Freising die Förderung, sondern die Gemeinde des besuchten Kindergartens.

Um dem abzuwehren, beschloss der Kulturausschuss mehrheitlich, Freisinger Eltern, deren Kinder den Kindergarten außerhalb von Freising besuchen, finanziell abzustrafen, und zwar mit nach Einkommen gestaffelten Extragebühren von 20% – 50% der Förderung im Jahr.

Für **Albert Schindlbeck** ist dieser Beschluss nicht nachvollziehbar; es handle sich weitgehend um eine Phantomdebatte, da sage und schreibe zwei Freisinger Kinder betroffen sind: *„Gingen diese beiden Kinder in Freising in den Kindergarten, bekäme die Stadt zwar maximal 2.000,- € Fördergelder, die Kosten für die Betreuung sind jedoch weit höher. Eine Milchmädchenrechnung.“*

Die Linkspartei kämpft auf allen politischen Ebenen, in Freising und München, auf Landes- und Bundesebene gegen den geplanten Bau der Dritten Startbahn. Die Hungerlöhne am Flughafen standen im Mittelpunkt einer Kleinen Anfrage der bayerischen linken Bundestagsabgeordneten **Kornelia Möller** und **Eva Bulling-**

Schroeter. Die Antwort der schwarz-roten Bundesregierung stellte **Dr. Guido Hoyer**, der auch Mitglied im Landesvorstand der Linken ist, am Donnerstag vor. Die Frage der Abgeordneten hatte gelautet: *„Hält die Bundesregierung Brutto-Stundenlöhne der Firma MucGround GmbH, einer 100-prozentigen Tochter der FMG, in Höhe von 7,11 Euro für angemessen? Wie bewertet sie die Stundenlöhne von 6,84 € bei CAP-Flughafen München Sicherheits GmbH, ebenfalls Tochter der FMG?“* Darauf die Antwort der Bundesregierung: *„Bruttostundenlöhne ergeben sich aus den jeweiligen Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. deren Vertretern. Die Bundesregierung hat keinen Anlass, das Ergebnis dieser Verhandlungen zu kommentieren.“* Dazu **Dr. Guido Hoyer**: *„Die Bundesregierung versucht der Frage mit dem Hinweis auf die Tarifautonomie auszuweichen. Sie vergisst dabei nur eines, nämlich dass sie als Anteilseigner der FMG selbst Arbeitgeber und mitverantwortlich für die Hungerlöhne am Flughafen ist.“* Dazu kommt, so **Frank Hagen**, Schatzmeister der Freisinger Linken, *„dass die Löhne von MucGround und CAP durch Ausgliederung der Tochterfirmen erzwungen wurden.“* Hoyers Fazit: *„Jetzt haben wir es schriftlich, dass der Bundesregierung aus CSU, SPD und CDU die Hungerlöhne am Flughafen egal sind. Das ist immerhin eine Klarstellung.“*